



NEWSLETTER 11/2022

# FORUM | MIGRATION




© wetkaz - 123rf.com

## Raunen über die Ukraine

**Wer hierzulande an Verschwörungen glaubt, wertet Geflüchtete aus der Ukraine öfter ab. Das ergab eine neue Studie der Hans-Böckler-Stiftung. Je niedriger das Einkommen, desto häufiger geschieht dies.**

Die Lage in der Ukraine ist klar: Russland hat das Nachbarland brutal überfallen und trägt deshalb die alleinige Verantwortung für das millionenfache Leid, das seine Armee und seine Milizen den Menschen dort antun. Doch eine zunehmende Zahl an Menschen verschließt sich diesem Befund. Für sie spielen andere Faktoren eine Rolle: „Der Krieg in der Ukraine dient nur der Ablenkung von der Corona-Pandemie“ – dieser Aussage stimmten bei der Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) rund 11 Prozent „voll und ganz“ oder „eher“ zu. In der Aussage steckt der Verschwörungsglaube, Corona und der Ukraine-Krieg seien von – westlicher – Politik und Konzernen gesteuert. Wer solchen Ideen zugänglich ist, der wertet auch geflüchtete Menschen aus der Ukraine ab: 17 Prozent der Befragten unterstützen entsprechende Aussagen. Und die Überschneidung zwischen beiden Gruppen ist erheblich, das belegen die Daten der HBS. Die Befunde zeigen ein „relativ

kleines, aber in seinen Einstellungen verhärtetes Klientel, das dem demokratischen Diskurs weit gehend den Rücken kehrt, das den Institutionen misstraut und bereits in der Pandemie unkooperativ handelte“, sagt Studienautor Andreas Hövermann. „Ein erheblicher Anteil derjenigen, die jetzt Verschwörungsdenken zum Ukraine-Krieg teilen, waren bereits zu Beginn der Pandemie bereit, konspirativen Deutungen über das Virus zu glauben.“ Dies verdeutliche, „wie austauschbar und anpassungsfähig letztlich der Inhalt der angeblichen Verschwörungen ist“. Gefährlich ist dies auch vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Lage, in der viele Menschen finanzielle Sorgen plagen und auch das Institutionenvertrauen durch fast drei Jahre Dauerkrise strapaziert ist. Verschwörungsdenken und die Herabsetzung von Geflüchteten könnten bei einem Teil der unter wirtschaftlichem Druck stehenden Befragten „als Versuch gedeutet werden, den empfundenen Kontrollverlust zu kompensieren“, so Hövermann. Es sei offenbar attraktiv, so „sich selbst oder die Eigengruppe aufzuwerten“.

 Hans-Böckler-Stiftung: Verschwörungsdenken und die Abwertung Ukraine-Geflüchteter vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Energiekrise: <https://bit.ly/3yZ8Nti>

### INHALT 11/2022

Raunen über die Ukraine .....	1
Amazon: Übermüdet auf der „Letzten Meile“ .....	2
Spätaussiedler_innen: Kaum noch Unterschiede .....	2
News + Termine .....	3
Der Bedrohung nicht tatenlos zusehen – Kommentar von Ludovic Voet, Confederal Secretary des Europäischen Gewerkschaftsbundes (European Trade Union Confederation, EGB/ETUC) .....	4



# Amazon: Übermüdet auf der „Letzten Meile“

**Die Zustell- und Logistikbranche gehört zu den Bereichen, in denen besonders viele Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten – teils bei Konzernen wie Amazon direkt, teils ausgelagert an Subunternehmen. Einen Tarifvertrag verweigert Amazon beharrlich. In neun Versandzentren hat ver.di deshalb zur Arbeitsniederlegung aufgerufen. Zuvor hatten die Beratungsstelle Faire Integration, das Berliner Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit und andere einen Aktionstag zu Amazon gemacht.**


„Ich bin 33, aber mein Körper fühlt sich an wie 90“ – so schilderte ein Amazon-Mitarbeiter in Berlin-Mariendorf bei dem Aktionstag am 7. Oktober 2022, dem Welttag für menschenwürdige Arbeit, seine alltägliche Belastung. An diesem Tag hatten die Gewerkschafter\_innen bei Amazon über den neuen Mindestlohn informiert (siehe Kasten). Dabei sprachen sie mit eingewanderten, geflüchteten und mobilen Beschäftigten, die als Rider oder Fahrer\_innen jeden Tag Pakete und Einkäufe an tausende Berliner\_innen ausliefern. „Es kommt manchmal vor, dass sie uns Geld vom Gehalt abziehen, wenn es einen Unfall gab“, sagte ein Amazon-Fahrer. „Ich bekomme 10,80 Euro die Stunde“, so ein weiterer Kurierfahrer. Aus ihrer Arbeit wissen die Berater\_innen, dass Mindestlohn-Unterschreitungen keine Einzelfälle sind. Auch die Gespräche am Aktionstag machten klar, dass vor allem bei Subunternehmen unbezahlte Überstunden ein Problem sind.

Amazon stellt seit 2019 auch in Deutschland die eigenen Pakete selbst zu – und ist damit nicht mehr auf herkömmliche Paketlieferdienste angewiesen. Die Redaktion des ver.di-Blogs „wir-sind-ver.di“ hat zu den Bedingungen auf der so genannten „Letzten Meile“ ein Interview mit Berater Mousa Othman geführt. Er arbeitet bei der DGB Beratungsstelle Faire Integrati-

on und berät Fahrer\_innen, die Amazon-Bestellungen ausliefern. „Amazon weitet in Deutschland seit ungefähr 2019 sein Geschäftsmodell aus“, sagt Othman – auf die Zulieferung der Amazon-Bestellungen bis an die Haustür, die „Letzte Meile“. Die „Letzte Meile“ gilt als besonders kostenintensiv. Doch seitdem wurden allein in NRW zwanzig Verteilzentren errichtet. An diesen Orten holen die Fahrer\_innen die Pakete für ihre jeweiligen Touren ab. „Amazon beauftragt für die ‚Letzte Meile‘ grundsätzlich Subunternehmen“, sagt Othman. Diese Subunternehmen haben entweder eigene Fahrzeuge oder sie mieten welche an. Die Bedingungen für die Fahrer\_innen bei den Subunternehmen seien dabei äußerst schlecht: „Die Touren sind viel zu lang für einen 8-Stunden-Tag, aber um Sperren zu vermeiden, fahren die Kolleg\_innen so lange, bis alle Pakete ausgeliefert sind, teilweise bis 22 Uhr“, so Othman. „Wegen der vielen Pakete machen viele Fahrer\_innen zu wenig Pausen und sind völlig übermüdet. Und so kommt es auch zu Verkehrsübertretungen wie Falschparken oder Tempoüberschreitungen, was wiederum zu Sperren führt – ein Teufelskreis!“

Hinzukommt: Amazon verweigert einen Tarifvertrag, der Sicherheit für die Beschäftigten bedeuten würde. Stattdessen, so zeigen es ver.di-Recherchen, werden die Löhne willkürlich und nach Gutsherrenart erhöht. Die einen bekommen etwas, andere gehen leer aus, je nach Standort. Im Arbeitskampf um die tarifvertragliche Absicherung hat ver.di deshalb im Oktober erneut die Beschäftigten in neun Versandzentren des Handelskonzerns zu Arbeitsniederlegungen aufgerufen. Aktueller Anlass für die Streiks waren die von Amazon für den 11. und 12. Oktober angekündigten „Prime Exklusiven Angebote“, eine Fortsetzung der im Juli veranstalteten „Prime Days“. Das Shopping-Event soll in 15 Ländern Asiens, Europas und Nordamerikas stattfinden. Während es für die Kunden Rabattaktionen gibt, spart Amazon bei den Beschäftigten.

„Offenbar befürchtet der Konzern, dass Inflation und Unsicherheit seine Umsätze gefährden könnten. Darauf mit besonderen Rabattaktionen zu reagieren, ist legitim“, erklärt dazu Monika Di Silvestre, die für ver.di die Streiks bei Amazon koordiniert. „Nicht legitim ist aber, dass Amazon zugleich bei den eigenen Beschäftigten spart und sich nach wie vor weigert, ihnen durch tarifvertraglich abgesicherte Einkommen und Arbeitsbedingungen eine sichere Perspektive zu bieten.“ Gestreikt wurde in den „Fulfillment Centern“ Bad Hersfeld (zwei Standorte), Dortmund, Graben, Koblenz, Leipzig, Rheinberg, Werne und Winsen (Luhe). Im September hatte Amazon angekündigt, die Einkommen der Beschäftigten einseitig zu erhöhen. Die Lohnanpassungen blieben aber deutlich unter der aktuellen Inflationsrate. „Für besonderen Unmut sorgte bei den Kolleginnen und Kollegen, dass die Gehaltssteigerungen an den verschiedenen Standorten unterschiedlich hoch waren, sie lagen zwischen drei und über sieben Prozent. Gleichzeitig hat Amazon den Preis für eine Prime-Mitgliedschaft um über 30 Prozent erhöht. Das passt nicht zusammen!“, so Di Silvestre.

 Ausführliches ver.di-Interview zu den Arbeitsbedingungen:  
<https://bit.ly/3gz52o7>

## Mindestens 12 Euro ab dem 1. Oktober – Gesammelte Infos auf der Webseite des DGB

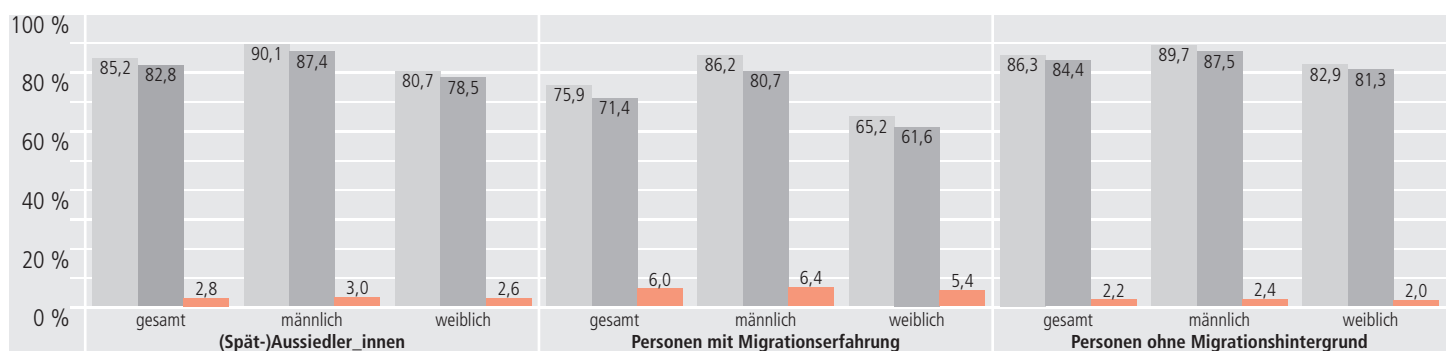
Der gesetzliche Mindestlohn beträgt seit dem 1. Oktober 2022 pro Stunde 12 Euro. Angesichts der steigenden Preise für Energie und Lebensmittel fordert der DGB weitere Entlastungen. Doch was bedeutet die Erhöhung für Arbeitnehmer\_innen konkret? Wann wird er wieder erhöht? Und welche Ausnahmen gelten beim Mindestlohn in 2022? Der DGB hat die wichtigsten Fragen und Antworten dazu auf seiner Webseite zusammengestellt:


 <https://bit.ly/3D4KbAv>

# Spätaussiedler\_innen: Kaum noch Unterschiede

## Integration in den Arbeitsmarkt von Spätaussiedler\_innen

■ = Erwerbsquote (in %) · ■ = Erwerbstätigenquote (in %) · ■ = Erwerbslosenquote (in %)



 Quelle: SVR-Studie 2022-1, „Integration gelungen? Lebenswelten und gesellschaftliche Teilhabe von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern“



## News + Termine



### AWO fordert Recht auf Familiennachzug

Zum Weltkindertag forderte der AWO Bundesverband gemeinsam mit über 20 Organisationen und Verbänden die Umsetzung des Rechts auf Familiennachzug von der Ampel-Regierung. Durch eine Vielzahl von Hürden, jahrelangen Verfahren und die gesetzlichen Verschärfungen der letzten Jahre sei der Familiennachzug „erschwert bis verunmöglicht“, heißt es in einer Erklärung der Verbände. „Dies ist eine große Belastung für die Betroffenen und erschwert das Ankommen in Deutschland.“ Die Organisationen fordern die Bundesregierung auf, die im Koalitionsvertrag angekündigten Verbesserungen beim Familiennachzug in dem nächsten Gesetzesentwurf vollumfänglich umzusetzen. Dabei müsse der Verwirklichung des Grundrechts auf Familienleben der Betroffenen und der vorrangigen Achtung des Kindeswohls der beteiligten Kinder „die oberste Priorität eingeräumt werden“.

 <https://bit.ly/3DnJIQW>

### UNHCR: Angela Merkel erhält Nansen-Flüchtlingspreis

Angela Merkel ist mit dem Flüchtlingspreis des UN-Flüchtlingswerks (UNHCR) geehrt worden. Merkel nahm die Auszeichnung Anfang Oktober in Genf entgegen. Sie rief dazu auf, die Rechte von Flüchtlingen zu respektieren und keine Menschen in Länder zurückzuschicken, in denen sie verfolgt werden. Der UNHCR würdigte Merkel für ihre „Führungsstärke, ihren Mut und ihr Mitgefühl“, als Deutschland auf dem Höhepunkt der Syrien-Krise in den Jahren 2015 und 2016 mehr als 1,2 Millionen Flüchtlinge und Asylsuchende aufgenommen hatte, die von Gewalt und Verfolgung bedroht gewesen seien. Merkel habe „Vision, Mut und Stärke“ bewiesen, sagte UN-Flüchtlingschef Filippo Grandi, als er ihr die goldene Nansen-Medaille überreichte.

 Meldung des UNHCR: <https://bit.ly/3za9S1t>  
 Kritik in der taz: <https://bit.ly/3TVFyqt>

### Langjährig Geduldete:

#### Alabali-Radovan verteidigt Reform

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Reem Alabali-Radovan (SPD), hat die geplanten rechtlichen Erleichterungen für langjährig Geduldete verteidigt. „Es geht um die Menschen, die schon lange in Deutschland sind“, sagte sie den Zeitungen der Neuen Berliner Redaktionsgesellschaft. „Wir wollen den menschenunwürdigen Zustand der Kettenduldungen abschaffen, der Menschen über viele Jahre zum Nichtstun zwingt und ihnen endlich eine Perspektive geben.“ Das so genannte Chancen-Aufenthaltsrecht stand im Oktober zur ersten Beratung auf der Tagesordnung des Bundestags. Der Gesetzesentwurf aus dem Bundesinnenministerium sieht vor, dass Menschen, die am 1. Januar 2022 seit mindestens fünf Jahren geduldet in Deutschland leben, hier bleiben und arbeiten dürfen. Das betrifft nach Regierungsangaben rund 135.000 Menschen. Der Vorwurf der Union, dadurch würden neue „Pull-Effekte“ geschaffen, also Anrei-

ze für die Migration nach Deutschland, sei „völliger Quatsch“, sagte Alabali-Radovan.

### GEW:

#### Solidarität mit den Protestierenden im Iran

Die GEW und internationale Gewerkschaftsorganisationen verurteilen die Gewalt gegen Protestierende in der Islamischen Republik Iran. Das Regime müsse Inhaftierte, darunter zwei französische Gewerkschaftsmitglieder, sofort freilassen, heißt es in einer Erklärung der GEW. Sie solidarisierte sich mit den Demonstrant\_innen, die im ganzen Land für Demokratie und Freiheit mutig auf die Straße gehen. „Ich verurteile, dass die iranische Regierung die Frauen- und Menschenrechte weiter mit Füßen tritt und fordere das Regime auf, die systematische Unterdrückung sofort zu beenden“, sagte die GEW-Vorsitzende Maïke Finnen. „Seit Jahren äußern iranische Lehrerinnen und Lehrer ihre legitimen Forderungen nach Anerkennung ihrer fundamentalen Rechte und Freiheiten als Beschäftigte und Bürgerinnen und Bürger“, so die GEW-Chefin weiter. Die GEW werde sich weiter für die inhaftierten Lehrkräfte und Mitglieder der Bildungsgewerkschaften einsetzen.

 <https://bit.ly/3TULaub>


### Gastro-Branche: Mehr als ein Drittel der Beschäftigten sieht Zukunft in anderem Job

Laut einer neuen Befragung der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten von mehr als 4.000 Beschäftigten in der Gastronomie, sieht mehr als ein Drittel seine berufliche Zukunft außerhalb der Branche. Auf die Frage, ob sie sich vorstellen können, noch lange im Gastgewerbe weiterzuarbeiten, antworteten 37 Prozent mit Ja, 34 Prozent mit Nein und 29 Prozent wussten es nicht. Ohne grundlegende Veränderungen dürfte sich die dramatische Personalsituation in vielen Restaurants, Bars und Hotels demnach weiter zuspitzen, so die NGG. Der Vorsitzende Guido Zeitler sagte: „Das Gastgewerbe braucht einen echten Neustart.“ Dazu gehörten flächendeckend bessere Arbeitsbedingungen, mehr Wertschätzung durch die Arbeitgeber und Gäste und höhere Löhne: „3.000 Euro pro Monat, das muss für Fachkräfte in Zukunft das Minimum sein.“

### Fachkräfte-Migration: Pilotprojekt von Bahn und BMZ mit Nordafrika

Bundesentwicklungsministerium (BMZ) und die Deutsche Bahn beteiligen sich am EU-Pilotprojekt THAMM zur Zuwanderung von Fachkräften und Auszubildenden aus Entwicklungsländern. In diesem Ausbildungsjahr beschäftigt die Bahn dabei zum ersten Mal zwei Auszubildende aus Tunesien, die im Rahmen des Projekts nach Deutschland gekommen sind. Begrüßt wurden sie unter anderem von der Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes Yasmin Fahimi und dem Gesandten der tunesischen Botschaft, Chiheb Chaouch. „Der Fachkräftemangel ist bereits so dramatisch, dass er Wirtschaftskraft und Wohlstand in Deutschlands bedroht“, sagte Entwicklungsministerin Svenja Schulze

(SPD). „Zugleich fällt es vielen Entwicklungsländern, gerade in Afrika schwer, genügend Jobs für ihre junge, wachsende Bevölkerung zu schaffen. Wir können uns also gegenseitig helfen, so dass alle etwas davon haben: die Migrantinnen und Migranten einen guten Job, die Herkunftsländer Ausbildung und Wissenstransfer, und wir in Deutschland dringend benötigte Fachkräfte.“ Das Pilotprojekt mit Tunesien und der Deutschen Bahn leiste dabei wertvolle Pionierarbeit. Auch wenn Arbeitsmigration nur eines von vielen Elementen unserer neuen Fachkräftestrategie sein kann, sei diese unverzichtbar, so Schulze. „Eine moderne Einwanderungspolitik beginnt damit, beim Thema Migration aus Entwicklungsländern nicht zuerst an Probleme, sondern auch an Lösungen zu denken.“ Im Projekt THAMM wurden bislang 234 Auszubildende und 44 Fachkräfte aus Tunesien, Marokko und Ägypten an Betriebe in Deutschland vermittelt, darunter in die Branchen Hotel und Gaststätten, Elektro, Metallverarbeitung, Sanitär-Heizung-Klimatechnik, Logistik, Bäckerhandwerk, Bau- und Fachinformatik. Zuvor hatten sie Kurse absolviert, in denen sie Deutschkenntnisse erworben haben und auf die deutsche Arbeitskultur und das Leben in Deutschland vorbereitet wurden.

 DGB Vorstand Anja Piehl zur Fachkräftestrategie: <https://bit.ly/3TU8mbX>

### IG BAU: Queere als organisierte Gruppe benannt

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt hat die „Gemeinschaft der Queeren“ als organisierte Personengruppe ausdrücklich benannt. Sie sei froh über diesen Schritt, sagte Vorstandsmitglied Ulrike Laux auf dem 23. Gewerkschaftstag in Kassel. „Damit hat ihre Arbeit den Stellenwert, den sie auch verdient.“ Weitere Personengruppen, die sich branchenübergreifend organisieren, sind beispielsweise Senioren, Frauen und in Zukunft auch Studierende. „Wir treten auch weiterhin für eine Beschäftigtenvertretung der Vielfalt ein, menschenfeindliche Einstellungen haben bei uns keinen Platz“, so Laux. Der Schutz der Gewerkschaft gelte allen, die aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion, geschlechtlichen Identität, sexuellen Orientierung, Behinderung oder eines sozialen Stigmas diskriminiert angefeindet oder gar angegriffen werden. Auch das politische Bildungs- und Beratungsangebot soll noch einmal geschärft werden. „Wir helfen allen Beschäftigten und Betriebsrät\_innen dabei, ihr Engagement gegen menschenverachtendes Verhalten zu stärken und unterstützten sie bei einschlägigen Vorfällen im Betrieb“, sagte die Gewerkschafterin. Für die IG BAU seien Parteien wie die AfD eindeutig der politische Gegner. „Ihre Politik ist rassistisch, demokratie- und menschenfeindlich. Mit unseren Werten ist das unvereinbar.“ Schließlich mache sich die IG BAU auch für die Aufnahme und Integration von vor Krieg, Verfolgung und Katastrophen geflüchteten Menschen stark. „Wir machen keinen Unterschied hinsichtlich des Herkunftslandes, unsere Solidarität gilt allen Geflüchteten gleichermaßen“, sagte Laux.



# Der Bedrohung nicht tatenlos zusehen



Foto Ludovic Voet © ETUC

## **Kommentar von Ludovic Voet, Confederal Secretary des Europäischen Gewerkschaftsbundes (European Trade Union Confederation, EGB/ETUC)**

Die jüngsten Wahlerfolge der Rechtsextremen in Schweden und Italien sind äußerst besorgniserregend. Gleichzeitig sind sie ein Aufruf an die Gewerkschaften, sich gegen die bedrohlichen Ideen der extremen Rechten zur Wehr zu setzen. Gewerkschaften können dabei auf eine stolze Tradition zurückblicken, sich ihnen entgegenzustellen und stehen auch heute für das exakte Gegenteil der extrem rechten Agenda.

Die Rechtsextremen kann nur bekämpfen, wer sie kennt. Dazu gehört zu wissen, welche Berührungspunkte ihre Bewegungen und Parteien in ganz Europa haben. Sie eint, dass sie die arbeitende Bevölkerung spalten wollen. Häufig nutzen sie dafür vermeintliche „nationale“ Identitäten, um Einwanderer\_innen oder Minderheitengruppen wie Roma auszugrenzen. Teils basieren ihre Ziele auf religiösen Überzeugungen oder sie richten sich gegen Frauen und LGBTIQ-Personen. Sie nutzen Verschwörungstheorien, etwa in Bezug auf ökologische Fragen, um die Wissenschaft anzugreifen. Und sie stellen sich gegen gesellschaftliche Solidarität – etwa die notwendigen Maßnahmen zum Schutz vor Pandemien.

Die extreme Rechte zielt dabei auch auf die Gewerkschaften ab. Sie versucht, die gewählte Führung der Arbeitnehmenden als etwas darzustellen, was mit den Arbeitnehmenden nichts zu tun habe, sondern vielmehr Teil einer globalen Elite sei, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung nicht vertritt. Dabei ist jedes gewerkschaftliche Interesse ein Interesse der arbeitenden Menschen. Einige rechtsextreme Gruppen führen dazu – wie in Schweden – offene Kampagnen gegen die Gewerkschaften. Diese Angriffe gehen einher mit Versuchen, sich in Betrieben zu organisieren und dabei Marionettengewerkschaften zu gründen. Obwohl die Gemeinsamkeiten deutlich sind, gibt es keine Einheitslösung für die Bekämpfung der rechtsextremen Ideologie. Weiterhin gibt es viele nationale Unterschiede zwischen den rechtsextremen Bewegungen. Die Gewerkschaften

aber sind gemeinsam stärker und können die extreme Rechte mit Solidarität und durch gegenseitiges Lernen über nationale Grenzen hinweg zurückdrängen.

Die Erfahrung von Enteignung und Unsicherheit wird von allen Arbeitnehmenden geteilt, unabhängig von ihrer Nationalität. Die Schwächung unserer kollektiven Kraft und die daraus resultierende ungerechte Verteilung des durch unsere Arbeit geschaffenen Reichtums überschreitet die nationalen Grenzen. Es ist offensichtlich, dass überall in Europa die wirtschaftliche Sicherheit abgenommen hat. Die Lebenshaltungskosten sind explodiert, während gleichzeitig die Gewinne der größten Unternehmen, die von der Krise profitieren, in groteske Höhen geschossen sind. Die extreme Rechte reagiert darauf, indem sie in ihrer Rhetorik auf die Inflationskrise eingeht – ohne dafür aber echte Lösungen anzubieten. Für die Gewerkschaften heißt dies: Sie müssen sowohl dem inakzeptablen Status quo als auch den falschen Lösungen der Rechtsextremen etwas entgegensetzen.

Die extreme Rechte in Europa freut sich über die Wahlsiege in Schweden und Italien und sehnt sich nach der Normalisierung ihrer Rhetorik. Der EGB kann dieser wachsenden Bedrohung nicht tatenlos zusehen. Wir bieten Lösungen als arbeitende Menschen, die über nationale Grenzen hinweg vereint sind. Und jede unserer Lösungen beruht auf den gewerkschaftlichen Werten der Einheit und Solidarität zwischen allen Arbeitnehmenden.

Wir bekämpfen die Rechtsextremen im EU-Parlament, wo die Präsenz ihrer Parteien und Bewegungen im Laufe der Zeit erheblich zugenommen hat. Mehr als jeder fünfte Abgeordnete des Europäischen Parlaments ist heute der extremen Rechten zuzurechnen. Auf europäischer als auch auf nationaler Ebene ist deshalb ein „Cordon sanitaire“ erforderlich, der die Versuche der Normalisierung und Legitimierung rechtsextremer Parteien und Bewegungen scheitern lässt.

Doch wir wären nachlässig, wenn wir darüber die digitale Sphäre außer Acht lassen würden. Entgegen der landläufigen Meinung ist der digitale Aktivismus nicht nur eine Bastion der progressiven Kräfte. Die Rechtsextremen sind sehr gut in der digitalen Mobilisierung. Ihre Strategie ist einfach, aber effektiv. Sie verbreiten eine radikal-rassistische Agenda im Internet, Menschen teilen diese Beiträge und rechtsextreme Netzwerke laden diese Menschen dann in geschlossene Facebook-Gruppen, in Discord-Kanäle, in WhatsApp- und Telegram-Chats ein, um sie weiter zu radikalisieren. Eine unserer wichtigsten Initiativen ist deshalb der Aufbau gewerkschaftlicher Kapazitäten zur Bekämpfung rechtsextremer Narrative. Wir schaffen eine gewerkschaftliche Plattform für digitales Engagement. Die Website [www.action-europe.org](http://www.action-europe.org) wird als Petitionsplattform dienen, auf der sich Gewerkschafter\_innen und ihre Verbündeten für Aktionen eintragen können. Die nationalen Gewerk-

schaftsbünde können dabei eigene digitale Plattformen einrichten. Diese Initiative ermöglicht dem EGB und seinen nationalen Mitgliedsorganisationen, mit Mitgliedern und Unterstützern zu kommunizieren. So wollen wir Arbeitnehmer\_innen mit guten Argumenten gegen die extreme Rechte organisieren und mobilisieren.

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus wird dabei nicht einfach sein. Das größte Risiko ist, mit einer falschen Kommunikationsstrategie das rechtsextreme Narrativ zu verstärken, demzufolge Gewerkschaften Teil einer Elite sind, die versucht, sie zum Schweigen zu bringen. Dies unterstreicht, wie wichtig es ist, mit den Arbeitnehmenden auf der Grundlage unserer Ablehnung des Status quo in Kontakt zu treten und eine gewerkschaftliche Alternative anzubieten.

Die Arbeitnehmenden sind durch stagnierende Löhne, unsichere Arbeitsplätze, schlechte Arbeitsbedingungen und Ungleichheit im Stich gelassen worden. Diese sind die Folgen politischer Entscheidungen und nicht die Schuld anderer Arbeitnehmer\_innen. Der EGB ist entschlossen, die Fähigkeit zur Bekämpfung der extremen Rechten auszubauen und unsere Mitgliedsorganisationen dabei zu unterstützen, allen Versuchen zu widerstehen, die arbeitenden Menschen zu spalten – sei es am Arbeitsplatz oder im politischen Bereich. Wir werden Solidarität und Arbeitnehmermacht aufbauen und gegen die Rechtsextremen gewinnen.

## IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.  
Vorsitzende: Elke Hannack  
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Michaela Dälken  
Koordination: Michaela Dälken  
Redaktion: Christian Jakob, Berlin  
Layout/Satz: ideaal, Essen  
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk e.V.  
Bereich Migration & Gleichberechtigung  
Franz-Rennefeld-Weg 5  
40472 Düsseldorf  
Telefon 02 11/43 01-1 99  
Telefax 02 11/43 01-1 34  
[migration@dgb-bildungswerk.de](mailto:migration@dgb-bildungswerk.de)  
[www.migration-online.de](http://www.migration-online.de)

